

- R. Thoss                   Angebot und Nachfrage in einem System fachlicher und räumlicher Arbeitsmärkte. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2 (1970), S. 17\*-29\*.
- Derselbe                   Die Verteilung des Entwicklungspotentials als Problem der Regionalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: W. Buhr, P. Friedrich (Hrsg.), Konkurrenz zwischen kleinen Regionen, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 23, Baden-Baden 1977.
- R. Thoss, G. Bougioukos,  
G. Erdmann                Auswirkungen des sektoralen Strukturwandels auf Angebot und Nachfrage in regionalen Arbeitsmärkten. In: Sonderforschungsbereich 26 Raumordnung und Raumwirtschaft (Hrsg.), Arbeits- und Ergebnisbericht 1978-1979, Münster 1980.
- Dieselben                 Das Hessenmodell, Bewertung raumordnungspolitischer Ziele mit Hilfe eines multi-regionalen Entscheidungsmodells, Beiträge SWR, Bd. 70, Münster 1981.

WALTER H. BROSI  
KLAUS HEMBACH

UNIVERSITÄT TRIER, FB IV  
Schneidershof  
5500 Trier

BERUFLICHE BILDUNG UND REGIONALE ENTWICKLUNG <sup>1)</sup>  
- Strategien für den strukturschwachen ländlichen Raum -

1. Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Beschäftigung im strukturschwachen ländlichen Raum
  - 1.1. Forschungsfragen
  - 1.2. Schwierigkeiten bei der Erstausbildung im dualen System
  - 1.3. Integrationsprobleme der ins Erwerbsleben drängenden Jugendlichen
2. Handlungsbedarf im Bildungsbereich
  - 2.1. Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen
  - 2.2. Folgeprobleme der beruflichen Ausbildung
  - 2.3. Problemursachen
3. Konsequenzen für die regionale Bildungspolitik und ihre Bedeutung für die regionale Entwicklung
  - 3.1. Ansprüche an eine regionale Bildungspolitik
  - 3.2. Konflikte zwischen regionalökonomischen und individuellen Zielsetzungen
  - 3.3. Regionalpolitische Schlußfolgerungen
4. Strategiekonzepte
  - 4.1. Ansatzpunkte einer problemadäquaten Bildungspolitik
    - 4.1.1. Duales System
    - 4.1.2. Siedlungsstruktur
    - 4.1.3. Berufsbildende Schulen
    - 4.1.4. Ausbildungsqualität
    - 4.1.5. Transparenz der Verwertungsmöglichkeiten von Berufsqualifikation
    - 4.1.6. Weiterbildungsmaßnahmen
  - 4.2. Fazit

1) Der Diskussionsbeitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojektes "Berufliche Bildung und regionale Entwicklung", im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (MFRS 78.22), Leitung: Prof. Dr. H. Spehl; Bearbeiter: Dipl.-Vw. W. H. Brosi, Dr. K. Hembach, Universität Trier

# 1. Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Beschäftigung im strukturschwachen ländlichen Raum

## 1.1. Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt "Berufliche Bildung und regionale Entwicklung" (1) sucht für strukturschwache, ländlich geprägte Regionen empirisch fundierte Antworten auf vier Fragen:

- Welche Schwierigkeiten ergeben sich im Prozeß der Vermittlung beruflicher Qualifikationen, insbesondere bei der Erstausbildung im dualen System?
- Welche Probleme ergeben sich hinsichtlich der Integration vorhandener beruflicher Qualifikationen in das Beschäftigungssystem?
- Welche Konsequenzen folgen hieraus für die wirtschaftlichen Entwicklungschancen strukturschwacher Regionen und damit für die Erfüllung regionalpolitischer Ziele?
- Kann überhaupt eine Verbesserung der beruflichen Qualifikation als Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung der strukturschwachen Regionen genutzt werden und wenn ja, wie?

Die bisherigen Ergebnisse, die hier in kurzer Form vorgestellt werden, beruhen auf Auswertungen statistischer Materialien in zwölf Arbeitsamtsbezirken und einer Reihe von Expertengesprächen mit Vertretern regionaler Institutionen (Kammern, Verbände, Behörden und Berufsschulen) und Betriebe in vier Arbeitsamtsbezirken. Ziel der Intensivanalyse in den vier Arbeitsamtsbezirken ist zum einen die Schließung der statistischen Lücken, die in diesem Forschungsfeld erheblich sind, und zum anderen die Aufarbeitung von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, die eine rein statistische Analyse nur in ihren Resultaten erfassen kann. Um den Interpretationsspielraum einzuengen und Anhaltspunkte über regionstypische Ausprägungen der Abstimmungsprozesse zwischen dem Bildungs- und Beschäftigungssystem zu bekommen, werden die Untersuchungsregionen sowohl nach ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand, als auch nach ihrer Entwicklungs- und Anpassungsfähigkeit an wirt-

1) Für die Erörterung theoretischer und methodischer Fragen wird auf den Forschungsbericht verwiesen. Hier stehen Ergebnisse und regionalpolitische Konsequenzen im Vordergrund, da nach dem Eindruck der Verfasser der Problemkomplex "Berufliche Bildung" innerhalb der Regionalwissenschaft bislang wenig reflektiert wurde.

schaftsstrukturelle Veränderungen typisiert (1).

## 1.2. Schwierigkeiten bei der Erstausbildung im dualen System

Trotz der gestiegenen betrieblichen Ausbildungsbemühungen sind die strukturschwachen Regionen nur ungenügend in der Lage, die Jugendlichen mit beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten zu versorgen. Die hohen Anteile der Berufsschüler (in Teilzeitform) ohne Ausbildungsvertrag belegen diese Schwäche. Besonders betroffen sind weibliche Jugendliche, da ihnen nur wenige Berufe offenstehen sowie Lernbehinderte, die von Jugendlichen mit besseren Lernerfolgen im allgemeinbildenden Schulsystem verdrängt werden.

Innerhalb der strukturschwachen Region sind die Versorgungsdefizite dort am höchsten, wo überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen angeboten werden (Typ III: Regionen mit einer altindustrialisierten Wirtschaftsstruktur) oder die Beschäftigungschancen generell auf einem sehr niedrigen Niveau liegen (Typ II, in geringerem Ausmaß Typ I). Während in den altindustrialisierten Regionen der gegenwärtige Ausbildungsdruck durch Beschäftigungsmöglichkeiten als Jungarbeiter/in abgelenkt wird und ein großer Teil der Jugendlichen Ausbildungsverzicht leisten muß (bis zu 30 % der Berufsschüler in Teilzeitform), ist dieser Weg in den Regionen mit hohen Beschäftigungsdefiziten nicht in diesem Ausmaße offen. Hier ist der Konkurrenzkampf um betriebliche Ausbildungsplätze am schärfsten. Ent-

- 1) Es werden drei Typen von strukturschwachen ländlichen Regionen gebildet:
- ländlicher Raum mit erwerbsstrukturellen Mängeln, aber mit günstigen ökonomischen Entwicklungsaussichten (Typ I)
  - ländlicher Raum mit erwerbsstrukturellen Mängeln und ungünstigen ökonomischen Entwicklungsaussichten (Typ II)
  - altindustrialisierte (ländlich geprägte) und von Strukturkrisen betroffene Regionen (Typ III).
- Daneben wird zur Kontrolle ein Normaltyp, also ein Typ - ländlich geprägte Region ohne Strukturschwächen (Typ IV) gebildet, um die spezifischen Problemlagen in strukturschwachen Regionen als Abweichung von "normalen Entwicklungen" herausarbeiten zu können.

sprechend können dort auch unattraktive Lehrstellen leichter besetzt werden, da die Jugendlichen ihre Berufswünsche zwangsläufig an den verfügbaren Ausbildungsplätzen ausrichten. Zwischen 10 und 15 % der Berufsschüler in Teilzeitform finden jedoch auch hier keinen Ausbildungsplatz.

Trotz steigender Schulabgängerzahlen ging dieser Anteil zurück, wenn auch nur geringfügig. Ursache hierfür ist vor allem der kontinuierliche Anstieg der eine Ausbildung nicht ersetzenden teilqualifizierenden Ausbildungseinrichtungen (1). Insofern ist das Versorgungsproblem nicht gelöst, sondern zum großen Teil nur zeitlich verschoben.

Dieses aktuelle Versorgungsproblem wird in Zukunft bei leicht rückläufigen Schulabgängerzahlen bis 1985 von qualitativen Momenten (Strukturveränderungen bei den Nachfragern, zunehmender Anteil von Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen) überlagert bzw. ersetzt. Auf diese Entwicklung sind die Problemregionen nur ungenügend vorbereitet. Es fehlen sowohl geeignete betriebliche wie schulische Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl. Da diese Nachfrageentwicklung immer weniger durch die eine Ausbildung nicht ersetzenden, teilqualifizierenden Lehrgänge verzögert werden kann, wird sich der Verdrängungsprozeß zwischen den Jugendlichen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen verschärfen. Das Verlassen der Heimatregion infolge unzureichender regionaler Ausbildungsangebote wird eine zunehmende Rolle spielen.

Der Problemdruck in der beruflichen Ausbildung verbleibt in den Problemregionen bis 1985 auf einem sehr hohen Niveau. Die Spannungen zwischen spezifischen Ausbildungswünschen und Ausbildungsmöglichkeiten werden sich erhöhen. Erst ab 1985 werden die Versorgungsprobleme unter Status-quo-Bedingungen überwunden sein und sich dann sogar umkehren.

---

1) Berufsgrundschuljahr (BGJ); Berufsvorbereitungslehrgänge (BVJ); teilqualifizierende Lehrgänge der Berufsfachschulen

### 1.3. Integrationsprobleme der ins Erwerbsleben drängenden Jugendlichen

Den ins Erwerbsleben nachrückenden jungen Erwerbspersonen bieten sich -rein quantitativ betrachtet- ungünstige Beschäftigungschancen. Auf der einen Seite steigt demographisch und vom Erwerbsverhalten bedingt die Nachfrage nach Arbeitsplätzen stark an, demgegenüber scheidet nur ein geringerer Teil an Erwerbspersonen altersbedingt aus. Auf der anderen Seite nehmen die vorliegenden Prognosen an, daß die Zahl der Arbeitsplätze sich nicht erhöht, sondern insbesondere im verarbeitenden Gewerbe entweder konstant bleibt oder abnehmen wird. Es ist zu befürchten, daß das Gefälle der regionalen Erwerbschancen sich verschärfen wird und die nachrückenden Jugendlichen einen immer enger werdenden Arbeitsmarkt in ihren Heimatregionen antreffen werden. Erwerbsverzicht oder Abwanderung aus der Heimatregion wird somit eine immer größer werdende Rolle in den Problemregionen spielen.

Die Integrationschancen sind jedoch nicht nur durch die fehlenden Arbeitsplätze bestimmt, sondern auch durch die regionalen Ausbildungsstrategien mitverursacht. Insbesondere für jene Jugendliche, die nicht oder nicht geeignet ausgebildet wurden, zeigen sich besondere Beschäftigungsprobleme. Bei den Ausgebildeten sind dies insbesondere Berufe, die nur einen begrenzten Verwendungsspielraum (Polyvalenz) besitzen, wie die kaufmännischen und gesundheitsbezogenen Berufe, während die gewerblichen Berufe, auch wenn sie über den eigentlichen Bedarf hinaus produziert wurden, entweder berufsnahe oder unterwertig in der Produktion Verwendung finden können. Die hier angedeuteten Verdrängungsprozesse zwischen Fachkräften und Ungelernten bzw. wenig flexiblen Arbeitskräften werden auch in Zukunft eine sehr große Rolle spielen, nicht zuletzt aufgrund der konjunkturell bedingten rückläufigen Abwanderungsprozesse von Fachkräften des

Handwerks in die Industrie oder den öffentlichen Dienst. Das Nachrücken junger Gesellen auf freiwerdende Stellen im weitgehend wirtschaftlich stabilen Handwerk wird sich verringern und der Druck der ausgebildeten Jugendlichen auf weniger anspruchsvolle Arbeitsplätze zunehmen. Auch vor diesem Hintergrund muß die Erhöhung der Facharbeiterquote in der Wirtschaft interpretiert werden, wengleich in Teilen des Industriebereichs auch Veränderungen der Produktionsprozesse den Facharbeiterbedarf erhöht haben.

Für die Regionen mit Erwerbsdefiziten wird dies jedoch nicht ausreichen, allen ins Erwerbsleben nachrückenden Jugendlichen adäquate oder zumindest unterwertige Beschäftigungschancen zu eröffnen. Zudem stehen diesem Prozeß Abstimmungsprobleme gegenüber, verursacht durch die mangelnde Ausbildungsmöglichkeit (fehlende Berufsbilder) oder Ausbildungsfähigkeit insbesondere bei kleinen und hochspezialisierten Betrieben und die geringe Zukunftsorientierung der Ausbildung, d.h. dem zeitlichen Auseinanderfallen von betrieblichem Qualifikationsbedarf (Ausbildungsbeginn - Ausbildungsabschluß - evtl. Bundeswehrzeit) und der Verwendung der berufsspezifischen Qualifikation, so daß sich der vormalige Qualifikationsbedarf durchaus nicht immer mit dem zukünftigen deckt. Die Folge sind Fehlqualifikationen und Facharbeitermangelsituationen, d.h. ein gespaltener regionaler Arbeitsmarkt.

## 2. Handlungsbedarf im Bildungsbereich

### 2.1. Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen

Das Ziel gleichwertiger Bildungschancen ist nicht erreicht und unter Status-quo-Bedingungen vor 1985 kaum zu erreichen. Trotz der deutlichen Anstrengungen der letzten Jahre ist eine erhebliche bildungspolitische Aufgabe zu lösen, deren

Schwergewicht sich allerdings verändert hat.

Notwendig ist zum einen eine Verringerung der Zahl der Jugendlichen, die heute keine vollqualifizierende Ausbildungsmöglichkeit finden (insbesondere Mädchen und Lernschwache), zum anderen eine Erweiterung der betrieblichen wie schulischen Angebote an qualifikationsanspruchsvollen Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen mit mittleren und höheren Schulabschlüssen, deren Anteil an den Schulabgängern in allen Regionen anwachsen wird.

### 2.2. Folgeprobleme der beruflichen Ausbildung

Neben diesen Versorgungsaufgaben wird sich die regionale Bildungspolitik auch mit den Folgeproblemen der gegenwärtigen Ausbildungsleistungen zu beschäftigen haben. Die betrieblichen Ausbildungsangebote sind nur beschränkt auf zukünftige Qualifikationsbedarfe ausgerichtet. Es stehen sowohl aktuelle betriebliche Anforderungen als auch gegebene Ausbildungsfähigkeiten bei den Ausbildungsplatzangeboten im Vordergrund. Insofern können Qualifikationen, die nach notwendigen betrieblichen Strukturveränderungen gebraucht werden, nicht immer in ausreichendem Maße vorher erzeugt werden. Trotz hoher Ausbildungsleistungen sind ein Facharbeitermangel einerseits und nicht geeignet Ausgebildete mit Beschäftigungsproblemen andererseits Realität. Dieses Problem wird sich auch in Zukunft stellen und verlangt die Anpassung der Fehlqualifikationen im Rahmen von Weiterbildungs- und Umschulungsaktivitäten.

Darüber hinaus konnte der hohe Nachfragedruck nach betrieblichen Ausbildungsplätzen nur dadurch aufgefangen werden, daß die Angebote vieler Betriebe nicht bedarfsorientiert ausgerichtet waren. Die zeitversetzten Beschäftigungsprobleme treffen dabei die Jugendlichen, deren Berufsqualifikation aufgrund beschränkter Verwendungsalternativen (Polyvalenz)

auch außerhalb der ländlichen Regionen nur geringe Beschäftigungschancen eröffnet.

### 2.3. Problemursachen

Auch in Zukunft werden die betrieblichen Ausbildungsleistungen unter den gegebenen Bedingungen ein Reflex der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Produktionsbedingungen der Betriebe sein. Sie stellen eine Reproduktion des gegebenen Qualifikationsbestandes dar mit der Tendenz der wirtschaftsstrukturellen Verfestigung. Aufgrund dieses Zusammenhangs wird die Anpassung der regionalen Wirtschaft an zukünftige Strukturveränderungen erschwert. Aus diesem die regionalwirtschaftliche Entwicklung hemmenden Teufelskreis müssen neue Wege in der Berufsbildung herausführen. Der heute teilweise noch immer unbewältigte Facharbeitermangel hat seine Ursachen auch in den mangelnden Ausbildungsfähigkeiten von Betrieben. Sowohl die Kostenbelastung durch die Ausbildung im Rahmen der sich verschärfenden Wettbewerbssituation als auch die zu erwartende wachsende Spezialisierung der Betriebe sind Einflußgrößen, die den betrieblichen Spielraum der Rekrutierung geeigneter Fachkräfte über eigene Ausbildungsleistungen einengen und die wirtschaftliche Entwicklung dieser Betriebe erschweren.

### 3. Konsequenzen für die regionale Bildungspolitik und ihre Bedeutung für die regionale Entwicklung

#### 3.1. Ansprüche an eine regionale Bildungspolitik

Unstreitig ist die Bedeutung der regionalen Bildungspolitik für die Absicherung der regionalen Wirtschaftsentwicklung. Es drängt sich jedoch auf dem Hintergrund der zunehmenden

Hilflosigkeit der regionalen Wirtschaftspolitik die Frage auf, inwieweit eine regionale Bildungspolitik die regionalwirtschaftliche Entwicklung stimulieren könnte.

Gegen Stimulierungseffekte durch berufliche Bildung über die Sicherung der vorhandenen ökonomischen Entwicklungstendenzen hinaus spricht deren Beschränkung auf technische Produktionsbedingungen und Arbeitsabläufe im Rahmen der Verwendung von Qualifikationen. Potentielle Impulse können nur dort erwartet werden, wo ein Entscheidungs- und Handlungsspielraum vorliegt, der es ermöglicht, Arbeitsprozesse zu gestalten, d.h. neue Arbeitsplätze einzurichten, vorhandene auszudehnen bzw. zu modifizieren. Dieser Spielraum ist jedoch erst auf einer bestimmten Qualifikationsstufe, z.B. der Meister- und Technikerebene, gegeben. Die Bildungsebene der Facharbeiter ist nur sehr beschränkt geeignet, dispositive Funktionen in diesem Sinne zu übernehmen bzw. über eine Betriebsgründung entsprechende Wachstumsimpulse auszulösen.

Wachstumsimpulse einer verstärkten regionalen Bildungspolitik sind nur dann realistisch, wenn die erzeugten Berufsqualifikationen auch adäquat in den Wirtschaftsprozess eingliedert werden können und sich über die Berufserfahrung hinaus über Weiterbildungsaktivitäten Meisterqualifikationen entwickeln können. Dieser Qualifikationsprozeß, der etwa 8 - 10 Jahre umfassen kann, setzt sowohl eine adäquate Beschäftigungsmöglichkeit der Gesellen und der nachrückenden Meister als auch ein sich entwickelndes regionales Markt- und Wirtschaftssystem voraus, in dem Existenzgründungen möglich sind. Ist dies, wie befürchtet werden muß, in den Problemregionen nicht gegeben, fehlt zum einen die Voraussetzung, zum anderen der individuelle Anreiz zur Weiterbildung und späteren Selbständigkeit.

Eine regionale Bildungspolitik ohne eine begleitende regionale Wirtschaftspolitik ist somit hinsichtlich einer Initiierung von Wachstumsimpulsen überfordert. Unter regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten wäre dann eine an zukünftige

Wirtschaftsentwicklungen angepaßte bedarfsorientierte regionale Bildungspolitik zu fordern.

Bei der Beurteilung, welche Bedeutung die regionale Bildungspolitik hat, ist jedoch herauszustellen, daß das vorherrschende Ziel die Versorgung des Individuums ist. Wir gehen davon aus, daß aufgrund der sozialen und biographischen Bedeutung, die die Ausbildung für den späteren Lebensweg eines Jugendlichen besitzt, das Ziel gleichwertiger Bildungschancen zu jeder Zeit erfüllt sein muß. Und dies auch dann, wenn unter regionalwirtschaftlichen Bedarfskriterien nur beschränkte Bildungsleistungen erforderlich wären und verstärkte Ausbildungsleistungen die regionalen Probleme verschärfen würden.

Insofern steht bei der Beurteilung von Bildungsstrategien das individuenbezogene Ziel:

- Verwirklichung des Prinzips gleichwertiger Bildungschancen vor dem nachgeordneten regionalwirtschaftlichen Ziel:
- Deckung des Wirtschaftsbedarfs an qualifizierten Arbeitskräften.

Die Gefahr der Problemverschärfung in den strukturschwachen Regionen (Abwanderung) kann nicht handlungsleitend sein für die Ausgestaltung der regionalen Bildungspolitik.

### 3.2. Konflikte zwischen regionalökonomischen und individuellen Zielsetzungen

Die Realisierungschance, die ökonomischen Verhältnisse und die davon weitgehend abhängigen Lebensbedingungen in den Problemregionen durch die regionale Wirtschaftspolitik wesentlich zu verbessern, ist gering. Für das regionale (duale) Bildungswesen hat dies zur Konsequenz, daß sich über ökonomische Entwicklungen nur für einen beschränkten Teil der nachwachsenden Generation gleichwertige Bildungschancen ergeben werden. Ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen (insbesondere in den Regionstypen II und III) wäre aus der Sicht des regionalen Arbeitskräftebedarfs für den Betriebsbestand zu Ausbildungsverzicht, günstigstenfalls zur Aufnahme unge-

wollter Berufe (mit Beschäftigungsrisiken) gezwungen. Insofern kann nicht davon ausgegangen werden, daß die bildungspolitischen Zielsetzungen durch die betrieblichen Ausbildungsleistungen voll erreicht werden können.

Wenn die Sicherung des Rechts auf Bildung ein Auftrag an den Staat ist und das Angebot im dualen System nicht ausreicht, die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowohl quantitativ wie qualitativ abzudecken, muß sich der Staat unmittelbar engagieren und Ausbildungsangebote auch außerhalb des dualen Systems und in eigener Regie unterbreiten.

Die unbewältigten Probleme in den Untersuchungsregionen sowohl im ökonomischen wie bildungsstrukturellen Bereich verlangen zu ihrer Überwindung somit eine mehrgleisige Ausrichtung der Strategieüberlegungen, die

- regionalwirtschaftlich abhängige bildungsstrukturelle Aspekte (z.B. Ausbildungsfähigkeit der Betriebe, problemadäquate Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen)
  - als auch regionalwirtschaftlich unabhängige, d.h. abgekoppelte bildungsstrukturelle Aspekte (z.B. Verhinderung von Fehlqualifikation, Öffnung zukunftsorientierter Ausbildungswege, Sicherung der Ausbildungsversorgung der nachwachsenden Generation, insbesondere für Jugendliche mit höheren Schulabschlüssen)
- umfassen muß.

### 3.3. Regionalpolitische Schlußfolgerungen

Die regionale Bildungspolitik kann nicht die Aufgabe haben, die Schwächen der regionalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen. Vielmehr muß sie darauf ausgerichtet sein, das Chancengefälle im Bildungswesen abzubauen (ihr Fachpolitikziel) und soweit dies möglich ist, eine Abstimmung zu den regionalwirtschaftlichen Bedarfen herzustellen. Eine bedarfsorientierung des regionalen Bildungswesens ist nur soweit akzeptabel,

solange sie keinen Ausbildungsverzicht erzwingt und die Jugendlichen nicht in Berufe drängt, deren Verwertung im Erwerbsleben gefährdet ist.

Sollte sich das regionale Arbeitsplatzpotential, wie befürchtet werden muß, als nur beschränkt strategiefähig erweisen, müssen politische Konsequenzen in der Form gezogen werden, daß mögliche Friktionen wie Abwanderung dem Verzicht auf Qualifikationserwerb oder -verwertung in jedem Fall vorzuziehen sind. Es ist unter diesen Bedingungen zu rechtfertigen, ja notwendig, die räumliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern und zu erleichtern.

#### 4. Strategiekonzepte

Auf diesem Hintergrund der Bedeutungen einer regionalen Bildungspolitik für die Entwicklung der Problemregionen und den Ergebnissen der Prognosen und Einschätzungen zukünftiger Spannungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem sind die folgenden Vorschläge einer problemadäquaten beruflichen Bildungspolitik entwickelt worden.

Sie konzentrieren sich auf das Ziel einer nachfragedeckenden regionalen Bildungspolitik; neben der Versorgung sind - soweit möglich- Erfordernisse einer reibungsarmen regionalen Entwicklung zu berücksichtigen. Die Vorschläge orientieren sich an den Problemfeldern:

- quantitative und qualitative Ausbildungsversorgung der nachwachsenden Generation
- Ausbildungsfähigkeit der regionalen Wirtschaft
- schulische Ausbildungsdefizite
- Zukunftsorientierung der beruflichen Ausbildung
- raumstrukturelle Probleme im Bildungswesen und
- Folgeprobleme der gegenwärtigen Ausbildungspraxis.

Die Vorschläge zu einer problemadäquaten beruflichen Bildungspolitik beschränken sich nicht auf das duale System, sondern berücksichtigen auch von der regionalen Wirtschaft abgekoppelte Ausbildungswege. Damit soll nicht angestrebt werden, das duale System zu beseitigen, sondern seine Vorteile möglichst zu nutzen, seine Schwächen auch für die wirtschaftliche Entwicklung zu mildern und soweit nötig, durch alternative Ausbildungseinrichtungen zu ergänzen.

#### 4.1. Ansatzpunkte einer problemadäquaten Bildungspolitik

##### 4.1.1. Duales System

- Erhöhung der bestehenden Angebote im dualen System  
Die gegenwärtig über 2000 Modellversuche weisen darauf hin, daß im betrieblichen Ausbildungsbereich Verbesserungen der quantitativen und qualitativen Ausbildungsleistungen möglich sind. Wichtige Ansatzpunkte sind die:
- Ausbildung im Verbundsystem (Absprachen unter den Betrieben, Auszubildende über ein Austauschverfahren zu einem Abschluß zu führen)
- Ausbildung in Ausbildungsringen (z.B. Zusammenschluß der Ausbildungseinrichtungen von Kleinbetrieben gleicher Branchen)
- Ausbildungsdelegation an Ausbildungsbetriebe mit Lehrwerkstätten (für Kleinbetriebe und Mittelbetriebe ohne Ausbildungsmöglichkeit)
- stärkere Einbindung der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen in das duale Ausbildungskonzept.  
Insbesondere in den Regionen des Typs II und III wird dies nicht ausreichen, jedem Jugendlichen eine adäquate Ausbildungsmöglichkeit bereitzustellen.

- Lehrwerkstätten von "außen"  
Eine sinnvolle Ergänzung der regionalen Ausbildungsleistungen wäre die Förderung von regionalen Lehrwerkstätten von



Betrieben aus Ballungsräumen. Dieser Vorschlag ist dann realistisch und durchführbar, wenn unbefriedigte Qualifikationsbedarfe in den Ballungsräumen auf eine Unterversorgung an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in den Problemregionen treffen. Die vorgenommenen Schätzungen sowohl der Nachfrageentwicklung als auch der Arbeitsplatzentwicklung deuten auf eine entsprechende Situation zwischen Ballungsräumen und Problemregionen hin. Mit diesem Vorschlag, der die Abwanderung sogar anregen kann, wird deutlich, daß die regionale Bildungspolitik nicht auf geeignete ökonomische Situationsveränderungen in den Regionen warten kann, sondern zu jeder Zeit ein nachfragedeckendes Ausbildungsplatzangebot bereitstellen muß. Auch dann, wenn regionale Ziele zunächst gefährdet scheinen. Auf längere Sicht bietet dieser Ansatz jedoch auch die Chance neuer Zweigstellengründungen.

#### - Lehrwerkstätten von Neuansiedlungen

Existiert zwischen den Ballungsräumen und den strukturschwachen Regionen ein deutliches Gefälle im Facharbeitermangel, könnte eine Ansiedlungsförderung, die ergänzt ist um die Übernahme der Erstellungs- und Ausrüstungskosten einer betriebszugehörigen Lehrwerkstätte, Betriebe anregen, in die strukturschwachen Räume hineinzugehen. Über diese Maßnahme wäre der Betrieb befähigt, schon in der Aufbauphase die später benötigten spezifischen Berufsqualifikationen selbst schaffen zu können. Insofern könnten die Problemregionen ihre demographische Sonderstellung als neuen Standortvorteil nutzen.

#### - Mädchen in Männerberufen

Als eine besondere Aufgabe stellt sich die Bewältigung der Ausbildungsprobleme von jungen Frauen. In allen Regionen besitzen sie nur beschränkte Zugangsmöglichkeiten sowohl ins Ausbildungs- als auch ins Beschäftigungssystem. Wird die Gefahr der Arbeitslosigkeit bei den Jungen durch eine Ausbildung erheblich reduziert, gilt dies für Mädchen nicht. Für ausgebildete Arzthelferinnen, Büro- oder Anwaltsgehilfinnen,

um nur einige Berufe mit Beschäftigungsrisiken zu nennen, ist ein unfreiwilliger Erwerbsverzicht in größerem Ausmaß Realität. Dieses Problem verschärft sich, wenn auch unterwertige Beschäftigungsmöglichkeiten, d.h. Anlernarbeitsplätze für Frauen (wie im Regionstyp I und II), fehlen. Verantwortlich hierfür ist die in allen Regionen erkennbare fehlende berufsspezifische Breite der Ausbildungsplatzangebote für Mädchen.

Die Bemühungen, den Mädchen attraktive Ausbildungsmöglichkeiten in Männerberufen zu öffnen, darf nicht in den heutigen Ansätzen und Problemen steckenbleiben. Ansonsten wird u.E. eine Chance verspielt, in den Jahren mit deutlich geringeren Schulabgängerzahlen (nach 1985) genügend Jugendliche für gewerbliche Ausbildungsplätze zu motivieren. Für den notwendigen Lern- und Motivationsprozeß sowohl für die Betriebe als auch für die weiblichen Jugendlichen und ihre Eltern (!) scheint die noch zur Verfügung stehende Zeit ohnehin knapp bemessen.

Eine spezielle Fördermaßnahme kann z.B. die Übernahme der Kosten zur Erweiterung und Anpassung der für die Ausbildung von Mädchen notwendigen betrieblichen Neuausstattungen sein. Auch ist der Gesetzgeber aufgefordert, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, die den Spielraum sowohl bei der Ausbildung als auch bei der Beschäftigung von Frauen erheblich einschränken, zu überprüfen.

#### 4.1.2. Siedlungsstruktur

Unsere Befragungsergebnisse zeigten, daß in den ländlich strukturierten Regionen die höheren Entfernungen zwischen Schule, Ausbildungsbetrieb und Wohnort mit dazu beitragen, daß Friktionen im Bildungssystem entstehen. Der Jugendliche kann nur einen Teilausschnitt des regionalen Ausbildungsangebotes aufgreifen. Betriebe aus "Einzelbranchen" können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen, da der Jugendliche



entweder eine fachfremde berufsschulische Betreuung akzeptieren müßte oder zur Fachschulklasse (Bezirks- oder Landesklasse) erhebliche Entfernungen zurückzulegen hätte. Will man diese Friktionen beseitigen, muß einerseits dafür Sorge getragen werden, daß die Suchdistanz eines Jugendlichen nach einem Ausbildungsplatz sich nicht an seiner Ausstattung mit privaten Verkehrsmitteln orientieren darf. Insofern ist eine Einbeziehung der Auszubildenden in den Schulbusverkehr, Förderung von Mitfahrgelegenheiten bzw. eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes zu fordern. Andererseits muß die schulische Betreuung zumutbare Rahmenbedingungen erfüllen. Dies ist bei weit entfernten Schulstandorten nur zu erreichen, wenn eine Blockbeschulung in Verbindung mit einem Internatsaufenthalt durchgeführt werden kann.

Es ist in den ländlichen Regionen darüber hinaus zu prüfen, ob dieses Problem nicht durch eine intraregionale Teilverlagerung von betrieblichen Lehrwerkstätten in die sowohlverkehrlich als auch vom Ausbildungsangebot schlechter ausgestatteten Teilräume erfolgreich angegangen werden kann. Denn nach der Ausbildung ist die Mobilitätsfähigkeit der Jugendlichen größer.

#### 4.1.3. Berufsbildende Schulen

##### - Alternative Ansätze

Besonders betroffen sind derzeit durch den engen Ausbildungsmarkt und den hohen Verdrängungswettbewerb Mädchen, Lernschwache und Behinderte. In Zukunft werden verstärkt Probleme bei der Ausbildungsplatzversorgung durch die Nachfrage von Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen hinzukommen, die über Verdrängungsprozesse den Hauptschüler (auch mit gutem Abschluß) treffen werden. Um den Problemgruppen eine Ausbildungschance einzuräumen, sind zwei Wege denkbar:

- eine speziell auf Problemgruppen bzw. verdrängte Jugendliche ausgerichtete Bildungspolitik oder

- eine generelle Verbreiterung der beruflichen Ausbildungsangebote, die den Nichtproblemgruppen mehr und attraktivere Ausbildungswege eröffnet, mit der Chance, daß ein Nachrückprozeß angeregt wird und die freiwerdenden Ausbildungsplätze von den Problemgruppen besetzt werden können.

Eine auf Problemgruppen ausgerichtete Politik wird gegenwärtig mit unterschiedlichem Erfolg praktiziert,

- z.B. Förderung von Ausbildungsplätzen für Mädchen (insbesondere in Männerberufen)
- Ausdehnung der BGJ und BVJ-Lehrgänge bzw. der Eingliederungslehrgänge, die durch die Bundesanstalt für Arbeit gefördert werden,

aber mit der Konsequenz, daß diese Gruppen teilweise auch im Erwerbsleben den Charakter von Randgruppen behalten werden. Dagegen kann der zweite Ansatz, der dem Verdrängungsprozeß in seinen Ursachen begegnen will, dazu dienen, sowohl die Randgruppenproblematik aufzubrechen als auch zu mehr vollwertigen Berufsabschlüssen zu führen und die überregionale Verwertbarkeit zu sichern.

- Vollzeitschulische und vollqualifizierende Ausbildungswege U.E. wird insbesondere der Ausbau der vollzeitschulischen und vollqualifizierenden Ausbildungswege an den berufsbildenden Schulen dazu beitragen können, die hohen Verdrängungsprozesse zwischen den Jugendlichen unterschiedlicher Qualifikationsniveaus abzuschwächen. In diesem Sinn ist der Ausbau der Berufsfachschulen, der Berufsoberschulen, aber auch der beruflichen Gymnasien zu fordern und durch neue Ausbildungswege in Berufsakademien oder Berufskollegs zu ergänzen. Gerade in diesem schulischen Bereich besteht in den Problemregionen ein erheblicher Nachholbedarf, der über einen Quasi-Numerus-Clausus zu einem verstärkten Druck und zu Fehlentwicklungen im dualen Ausbildungsbereich, aber auch zu erheblichen Belastungen der allgemeinbildenden Schulen (Gymnasien und Aufbauschulen) geführt hat.

- Neue Berufe

Z.Z. besteht für die Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen in den Problemregionen nur ein begrenztes Angebot von entsprechenden Ausbildungswegen. Will man diesen Gruppen Alternativen zum Studium anbieten, sind neue Ausbildungsformen einzurichten und adäquate Berufsbilder zu schaffen. Mögliche Ansatzpunkte sind die praxisnahen Ausbildungsprogramme einiger Industriebetriebe, die speziell Abiturienten ansprechen bzw. Berufsakademien für "Assistentenberufe" im kaufmännischen wie technischen Bereich (wie sie in Baden-Württemberg schon praktiziert werden). Mit diesen neuen Berufen ist zudem die Chance verbunden, das in vielen Branchen fehlende "mittlere Management" zu schaffen, bzw. die Probleme bei der Verwendung von Akademikern in Klein- und Mittelbetrieben zu umgehen.

- Vollzeitschulische Ausbildungswege in den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen

In den Regionen, in der die Branchen- und Berufsstruktur (vor allem in den Problemregionen des Typs II und III) zu einer Einengung der Quantität und der Auswahlmöglichkeit von Berufswegen führt, muß die Errichtung bzw. der Ausbau von überbetrieblichen und außerbetrieblichen Lehrwerkstätten forciert werden, damit die Jugendlichen auch vollzeitschulische gewerbliche Ausbildungswege einschlagen können. Werden Informationen und Kenntnisse der regionalen wie überregionalen Arbeitsverwaltungen und Kammern verwendet, könnten trotz einer betrieblichen Abkoppelung dieser Bildungseinrichtungen für das regionale wie für das überregionale Beschäftigungssystem verwertbare Qualifikationen erzeugt werden. Hierin liegt die Chance, aus der engen und für die zukünftige Entwicklung in der regionalen Wirtschaft auch teilweise hinderlichen Abhängigkeit zwischen Wirtschaftsstruktur und Qualifikationsstruktur auszubrechen und zukünftige Qualifikationsaspekte, wie sie sich z.B. im Ballungsraum abzeichnen, aufzugreifen.

Diese spezielle Form von beruflich qualifizierenden Bildungs-

einrichtungen könnte auch für den zu erwartenden ansteigenden Umschulungs- und Weiterbildungsbedarf (Meisterlehrgänge) und schließlich für die Erstausbildung ungelernter Erwachsener genutzt werden.

4.1.4. Ausbildungsqualität

- Abstimmungsprobleme

Ein großer Teil der befragten Betriebe hält die Ausbildungsinhalte für überholt bzw. ihre Anpassung als zu wenig flexibel. Ferner bestehen überflüssige Probleme in der Abstimmung zwischen schulischen, betrieblichen und -sofern genutzt- überbetrieblichen Ausbildungsinhalten und Ausbildungsphasen. Diese Probleme sind über eine intensivere Zusammenarbeit der Verantwortlichen zu lösen.

Besondere Friktionen bei der Wahl von Ausbildungsplätzen verursachen unterschiedliche Ausbildungsformen und Modellversuche zwischen den einzelnen Regionen, die insbesondere die Jugendlichen in Grenzlagen zu anderen Bundesländern betreffen. So wird z.B. in der einen Region für bestimmte Ausbildungswege ein verpflichtendes BGJ eingeführt und als Voraussetzung für die weitere Ausbildung gefordert, die von den Jugendlichen in den benachbarten Regionen nicht aufgegriffen werden können. Es entstehen unnötige Zugangsbarrieren über regionale Grenzen (insbesondere Bundesländer) hinweg. Eine Harmonisierung der Ausbildungsformen würde die räumliche Flexibilität der Jugendlichen erhöhen, aber auch ein mögliches Qualitätsgefälle der beruflichen Ausbildung und die Konsequenzen für die überregionale Verwendung von Berufsqualifikationen vermeiden.

- Einbindung überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen

Mit zunehmender Spezialisierung der Betriebe, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, steigt die Gefahr, daß die Ausbildung der Jugendlichen nicht mehr den geforderten Standards

entspricht. Die stärkere Einbindung überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen ist geeignet, diese Mängel auszugleichen. Zudem können im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung flexibler Ausbildungsinhalte an technologische Entwicklungen angepaßt und die Aktualität der Ausbildung gesichert werden.

#### - Berufsgrundschuljahr (BGJ)

Diese Funktion kann in der ersten Ausbildungsphase auch das BGJ übernehmen, sofern es als integrierter Bestandteil des dualen Ausbildungssystems genutzt wird. Aufgrund des berufsbezogenen Ansatzes kann nicht zuletzt auch die berufliche Flexibilität der Absolventen erhöht werden. Die rückläufigen Widerstände gegen das BGJ sind ein deutliches Merkmal für den Erfolg dieser Ausbildungsform.

#### 4.1.5. Transparenz der Verwertungsmöglichkeiten von Berufsqualifikationen

Die Eingliederung der vermittelten Qualifikation in das regionale Beschäftigungssystem bereitet Schwierigkeiten. Um deren Verwendungsmöglichkeiten auch außerhalb der Heimatregion zu sichern, sollte die Transparenz über Qualifikationsbedarfe und Angebote zwischen den Regionen erhöht werden. Wir schlagen eine Arbeitssuchenden-Kartei für Fachkräfte in den Arbeitsämtern vor, in die sich jeder aufnehmen lassen sollte, der als Ausgebildeter in der Problemregion nur eine unterwertige bzw. keine Arbeitsstelle aufnehmen kann. Sie sollte darüber hinaus auch für jene offenstehen, die nach ihrer Ausbildungszeit keine Chance sehen, in der Region adäquat beschäftigt zu werden. Eine solche Kartei müßte in jenen Regionen ausliegen, die über einen besonderen Arbeitskräftemangel klagen. Voraussetzung für diesen Vorschlag ist einerseits die Motivation der hier Angesprochenen, sich dieser Kartei (die prinzipiell bei den Arbeitsämtern schon vor-

liegt) zu bedienen, andererseits die Erhöhung ihrer räumlichen wie beruflichen Mobilität.

#### 4.1.6. Weiterbildungsmaßnahmen

##### - Weiterbildung bei Fehlqualifikationen

Die Ausbildungswelle konnte und kann nur bewältigt werden durch eine teilweise Loslösung der Ausbildungsbemühungen von aktuellen Qualifikationsbedarfen. Nicht jeder Auszubildende kann nach der Ausbildungsphase von dem ausgebildeten Betrieb oder von anderen Betrieben in eine der Ausbildung entsprechende Funktion übernommen werden. Die Aufnahme unterwertiger Beschäftigungsverhältnisse nimmt zu, ein Versickern von Ausbildungsinvestitionen durch Nichtverwendung ist die Folge.

Diese Qualifikationen (bei Bedarf auf dem Arbeitsmarkt) später wieder zu reaktivieren, ist potentiell möglich. Sie stößt jedoch bei den Arbeitskräften auf mangelnde Bildungsbereitschaft und dies umso mehr, je weiter die Ausbildungsphase zurückliegt. Mit stark abfallenden Schulabgängerzahlen ab Mitte der Achtziger Jahre werden diese Qualifizierungsbemühungen von Erwachsenen jedoch unverzichtbar sein. Der geforderte Ausbau der betrieblichen wie außerbetrieblichen Umschulungs- und Weiterbildungseinrichtungen wird auch unter diesem Aspekt notwendig, müßte hier jedoch durch attraktive Ausbildungsvergütungen begleitet werden.

##### - Erhöhung der Mobilität und Flexibilität

Die Abwanderung von qualifizierten jungen Arbeitskräften aus den Problemregionen wird mit zunehmender Enge des regionalen Arbeitsmarktes und den wachsenden Facharbeitermangelproblemen in den Ballungsregionen anwachsen. Die Problemregionen werden insofern jene Arbeitskräfte verlieren, die hochqualifiziert sind und außerhalb ihrer Heimatregion die Möglichkeit sehen, adäquat beschäftigt zu werden und

ein besseres berufliches Fortkommen zu finden. Besondere Probleme bei der Eingliederung von ausgebildeten Jugendlichen wird jedoch jener Teil machen, dessen Berufsqualifikationen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Problemregionen auf einen nur beschränkten betrieblichen Bedarf trifft. Diese Qualifikationen umfassen überwiegend Berufe, die schon im Rahmen der Qualifikationsvermittlung relativ früh in den Prozeß der betrieblichen Leistungserstellung eingegliedert werden können. Dazu gehören zum großen Teil kaufmännische und Dienstleistungsberufe und nicht zuletzt Berufe des Handwerks. Während die gewerblichen Handwerksberufe jedoch, wie z.B. der Kfz.-Schlosser oder der Elektroanlagen-Installateur, sehr häufig berufsnah verwendet werden können, ist die alternative Verwendung der kaufmännischen und Dienstleistungsberufe eingeschränkt. Insbesondere für diese Berufsqualifikationen werden längere Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen erforderlich. (1)

#### - Ausbildung Erwachsener

Mit zunehmendem Nachfragedruck von qualifizierten Arbeitskräften nach Arbeitsplätzen werden die Beschäftigungschancen Ungelernter geringer bzw. werden Angelernte von ihrem Arbeitsplatz verdrängt. Letzteres gilt insbesondere für jene, die eine geringe Berufserfahrung besitzen. Langjährige Erfahrungen werden demgegenüber in den Betrieben häufig als einer Ausbildung gleichwertig angesehen. Diese Arbeitskräfte sind lediglich dann an ihrem Arbeitsplatz gefährdet, wenn sich in-

1) Die hohe Nachfrage nach kaufmännischen Berufen ist nicht nur durch die begrenzten Angebote an gewerblichen Ausbildungsberufen bestimmt, sondern geht auch auf die höhere Attraktivität dieser Berufe zurück. Es ist somit zu empfehlen, daß die Berufsberatung die Transparenz der verschiedenen Ausbildungsinhalte noch weiter erhöht und die späteren Berufschancen der gewählten Ausbildungsberufe herausstellt. Da erfahrungsgemäß die Eltern der Jugendlichen die Berufsentscheidung stark beeinflussen, sollten sie in diesen Informationsprozeß miteingeschlossen werden.

folge von technologischen Veränderungen Tätigkeitsveränderungen ergeben, an die sie sich nicht oder nur sehr langsam anpassen können. Aus Gründen der höheren Flexibilität im Rahmen von Produktionsveränderungen sind die Betriebe mehr als früher daran interessiert, auch durch Arbeitsplätze mit geringeren Qualifikationsanforderungen ausgebildete Fachkräfte zu besetzen. Dieser Ausleseprozeß zu Ungunsten der ungelerten und inflexiblen Arbeitskräfte erfordert eine verstärkte Ausbildung Erwachsener. Nur durch eine adäquate Qualifizierung können diese Erwerbspersonen wieder dem Beschäftigungsprozeß zugeführt werden.

#### - Anpassungsweiterbildung

Auch die Weiterbildung der Qualifizierten im Beschäftigungssystem spielt eine zunehmende Rolle. Sie sind notwendig für die Qualifikationsanpassungen der Beschäftigten an die sich beschleunigenden technologischen Veränderungen. Diesem Aspekt kommt ab 1985 aufgrund stark rückläufiger Schulabgängerzahlen eine wachsende Bedeutung zu. Daneben sind sie notwendig, um Qualifikationsniveaus zu erreichen (Meisterebene), die evtl. über Existenzgründungen auch Wachstumsimpulse für die regionale Wirtschaft auslösen können. Eine sinnvolle Umnutzung der geforderten neuen Ausbildungseinrichtungen für die Zukunft wäre damit gewährleistet.

#### 4.2. Fazit

Es soll abschließend nochmals deutlich herausgestellt werden, daß sich durch die berufliche Bildung der letzten Jahre, aber auch durch die noch notwendigen Ausbildungsleistungen in der Gegenwart und Zukunft, die Aufgabenstellung für die regionale Wirtschaftspolitik nicht erleichtert, sondern erschwert hat. Es ist notwendiger denn je, in allen strukturschwachen Regionen in den nächsten Jahren neue und zugleich qualitativ anspruchsvollere Arbeitsplätze zu schaffen.

Es ist jedoch verfehlt, die gesamte regionalpolitische Ver-

antwortung der regionalen Wirtschaftspolitik zuzuschieben. Da die Wirtschaft der strukturschwachen Regionen nur jene Berufsqualifikation erzeugt, die sie kurzfristig benötigt oder zu der sie von ihrer Ausbildungsfähigkeit her bei zunehmender Nachfrage in der Lage ist, müssen auch von der beruflichen Bildungspolitik erhebliche Anstrengungen erfolgen. Dies gilt sowohl für die zukünftige Erstausbildung als auch für Umschulung und Weiterbildung.

Dabei vertreten wir wie der Raumordnungsminister die Ansicht, daß das Ziel der qualifizierten Ausbildung der einzelnen Jugendlichen in den strukturschwachen Regionen regionalen Wirtschaftsgesichtspunkten übergeordnet ist. Berufliche Bildung im strukturschwachen Raum stellt damit eine Chance für die regionale Wirtschaftsentwicklung dar. Sie ist in jedem Fall eine Herausforderung für die regionale Wirtschaftspolitik. Sollte sich, wie von uns erwartet, ein qualifiziertes regionales Arbeitsplatzpotential in den strukturschwachen Regionen als nicht strategiefähig herausstellen, so ist die Möglichkeit der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte dem Verzicht auf qualifizierte Ausbildung eindeutig vorzuziehen.

Volker Bünning  
 Institut für Regionalwissenschaft  
 Universität Karlsruhe

## KOMMUNALE FOLGEINVESTITIONEN - EINE FALLSTUDIE \*

1. Problemstellung und Zielsetzung
2. Methodische Grundlagen
  - 2.1. Begriffe
  - 2.2. Untersuchungsmethode und Informationsaufbereitung
3. Bestimmungsfaktoren kommunaler Investitionsentscheidungen im Hinblick auf Folgewirkungen
  - 3.1. Zusammenwirken interdependenter Angebots- und Nachfragefaktoren
  - 3.2. Reale Bedarfsdeterminanten
  - 3.3. Monetäre Einflußfaktoren
  - 3.4. Politische Entscheidungsfindung
4. Konsequenzen für die kommunale Investitionsplanung

Literatur

\* Das diesem Referat zugrundeliegende Forschungsvorhaben mit dem Titel "Kommunale Folgeinvestitionen - Versuch eines empirischen Nachweises; Ansatzpunkte für ihre Planbarkeit" wurde im Auftrag der Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen (Stuttgart) durchgeführt.